

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

Synopse Geschäftsordnung Samtgemeinde Elbtalaue alt und neu

<p style="text-align: center;">Geschäftsordnung</p> <p style="text-align: center;">für den Rat, den Samtgemeindeausschuss, die Ratsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse der Samtgemeinde Elbtalaue</p> <p>Gemäß § 69 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue in seiner Sitzung am 14.02.2012 folgende Geschäftsordnung beschlossen:</p>	<p style="text-align: center;">Geschäftsordnung</p> <p style="text-align: center;">für den Rat, den Samtgemeindeausschuss, die Ratsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse der Samtgemeinde Elbtalaue</p> <p>Gemäß § 69 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue in seiner Sitzung am 12.06.2017 folgende Geschäftsordnung beschlossen:</p>
<p style="text-align: center;">I. Der Samtgemeinderat</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p style="text-align: center;">Einberufung des Rates</p> <p>(1) Die Ladungsfrist für Sitzungen des Rates beträgt eine Woche. In Eilfällen kann die Ladungsfrist auf 24 Stunden abgekürzt werden. In diesem Falle ist ausdrücklich auf die Abkürzung der Ladungsfrist hinzuweisen. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladung in Eilfällen 3 Tage und im übrigen 10 Tage vor der Sitzung elektronisch versandt, zur Post gegeben oder den Ratsmitgliedern ausgehändigt worden ist.</p> <p>(2) Die Ladung erfolgt schriftlich durch Brief, Telefax oder E-Mail. Die Ratsfrauen und Ratsherren sind verpflichtet, Änderungen ihrer Postanschrift, Telefaxverbindung oder E-Mail-Adresse umgehend der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister mitzuteilen. Der Ladung sind die Tagesordnung sowie in der Regel Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen. Bei der Aufstellung der Tagesordnung ist § 4 dieser Geschäftsordnung zu beachten. Jeder Beratungsgegenstand muss konkret bezeichnet werden.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Öffentlichkeit der Sitzungen</p> <p>(1) An öffentlichen Sitzungen des Rates können Zuhörerinnen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen. Für Pressevertreter/innen können besondere Plätze freigehalten werden.</p> <p>(2) Zuhörerinnen und Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratungen nicht stören, insbe-</p>	<p style="text-align: center;">§ 2</p> <p style="text-align: center;">Öffentlichkeit der Sitzungen</p> <p>(1) An öffentlichen Sitzungen des Rates können Zuhörerinnen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen. Für Pressevertreter/innen können besondere Plätze freigehalten werden.</p> <p>(2) Zuhörerinnen und Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratungen nicht stören, insbe-</p>

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p style="text-align: center;">Sachanträge</p> <p>(1) Anträge zur Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung müssen schriftlich spätestens am 14. Tag vor der jeweiligen Ratssitzung bei der Samtgemeindebürgermeisterin oder dem Samtgemeindebürgermeister eingegangen sein. Später eingegangene Anträge werden als Eil- oder Dringlichkeitsanträge gemäß §§ 6 und 7 dieser Geschäftsordnung behandelt.</p> <p>(2) Der Rat entscheidet darüber, welchem Ausschuss die Anträge zur Vorbereitung überwiesen werden sollen. Findet innerhalb eines Monats nach Eingang eines Antrages keine Ratssitzung statt, entscheidet der Samtgemeindeausschuss anstelle des Rates über die Ausschussüberweisung. Hier von ist dem Rat in der folgenden Sitzung Kenntnis zu geben.</p> <p>(3) Die/der Ratsvorsitzende kann verlangen, dass mündlich gestellte Anträge zu Gegenständen, die auf der Tagesordnung stehen, bis zur Abstimmung schriftlich vorgelegt werden.</p> <p>(4) Anträge auf Aufhebung oder Änderung von Beschlüssen früherer Sitzungen dürfen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden, wenn der Samtgemeindeausschuss einen entsprechenden Beschluss empfohlen hat oder die Beschlussfassung des Rates mehr als 6 Monate zurückliegt. Dies gilt nicht, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat.</p>	unverändert
<p style="text-align: center;">§ 6 Dringlichkeitsanträge</p> <p>(1) Dringlichkeitsanträge müssen vor Eintritt in die Tagesordnung eingebracht sein. Der Rat beschließt im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung über die Dringlichkeit des Antrages. Eine Aussprache über die Dringlichkeit darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern nur mit der Prüfung der Dringlichkeit befassen.</p> <p>(2) Der Antrag ist auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Dringlichkeit vorliegt und vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder anerkannt wird.</p> <p>(3) Soll über den Antrag in der Sache noch in der laufenden Sitzung des Rates beschlossen werden, ist die Sitzung zur Vorbereitung durch den Samtgemeindeausschuss nach § 22 Abs. 3 zu unterbrechen.</p>	unverändert
§ 7	

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p style="text-align: center;">Eilanträge</p> <p>Bis 5 Tage vor Sitzungsbeginn können Eilanträge eingebracht werden. Sie bedürfen der Schriftform.</p>	unverändert
<p style="text-align: center;">§ 8 Änderungsanträge</p> <p>Zu jedem Punkt der Tagesordnung können bis zur Schlussabstimmung schriftlich oder mündlich Änderungsanträge gestellt werden. Wird ein Änderungsantrag angenommen, so gilt der veränderte Antrag als neue Beratungsgrundlage.</p>	unverändert
<p style="text-align: center;">§ 9 Anträge zur Geschäftsordnung</p> <p>(1) Jedes Ratsmitglied kann während der Sitzung Anträge zur Geschäftsordnung stellen. Hierzu gehören insbesondere Anträge auf</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Nichtbefassung b) Schließen der Rednerliste und Schluss der Debatte; dieser Antrag kann nur von Ratsmitgliedern gestellt werden, die zu dem Punkt nicht zur Sache gesprochen haben c) Vertagung d) Verweisung an einen Ausschuss e) Unterbrechung der Sitzung f) Übergang zur Tagesordnung g) nicht öffentliche Beratung einer Angelegenheit <p>(2) Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung erteilt die oder der Ratsvorsitzende zuerst der Antragstellerin oder dem Antragsteller das Wort zur Begründung und gibt dann je einem Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie den nicht einer Fraktion oder Gruppe angehörenden Ratsmitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme und lässt darauf über den Antrag abstimmen.</p>	unverändert
<p style="text-align: center;">§ 10 Zurückziehen von Anträgen und Beschlussvorlagen</p> <p>Anträge können bis zur Abstimmung von der Antragstellerin oder dem Antragsteller jederzeit zurückgezogen werden.</p>	unverändert
<p style="text-align: center;">§ 11 Beratung und Redeordnung</p> <p>(1) Ein Ratsmitglied darf nur sprechen, wenn ihm von der/dem Ratsvorsitzenden das Wort erteilt wird. Es darf nur zur Sache gesprochen werden. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung der oder des Sprechenden zu-</p>	

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>lässig.</p> <p>(2) Die/der Ratsvorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie/er den Namen des Ratsmitgliedes aufruft. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen.</p> <p>(3) Die/der Ratsvorsitzende kann zur Wahrung der ihr/ihm nach § 63 NKomVG und den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort ergreifen.</p> <p>(4) Die Samtgemeindebürgermeisterin/der Samtgemeindebürgermeister und die weiteren Beamtinnen und Beamten auf Zeit sind auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die Ratsvorsitzende/der Ratsvorsitzende kann ihnen zur tatsächlichen oder rechtlichen Klarstellung des Sachverhaltes auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erteilen.</p> <p>(5) Die Redezeit beträgt grundsätzlich bis zu 3 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages bis zu 5 Minuten. Die/der Ratsvorsitzenden kann die Redezeit verlängern. Bei Widerspruch beschließt der Rat über die Verlängerung der Redezeit.</p> <p>(6) Jedes Ratsmitglied darf grundsätzlich zu einem Beratungsgegenstand nur einmal sprechen. Fraktionsvorsitzende dürfen zweimal sprechen. Ausgenommen sind:</p> <ul style="list-style-type: none">a) das Schlusswort der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,b) die Richtigstellung offenbarer Missverständnisse,c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen,d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung,e) Wortmeldungen der Samtgemeindebürgermeisterin oder Samtgemeindebürgermeisters gemäß Abs. 4. <p>(7) Während der Aussprache über einen Tagesordnungspunkt sind nur folgende Anträge zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Anträge zur Geschäftsordnung,b) Änderungsanträgec) Zurückziehung von Sachanträgen zu Tagesordnungspunkten,d) Anhörung anwesender Sachverständiger oder anwesender Einwohnerinnen und Einwohner	<p>unverändert</p>
---	--------------------

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p style="text-align: center;">§ 12 Anhörungen</p> <p>Der Rat kann mit Mehrheit beschließen, Sachverständige oder Einwohner und Einwohnerinnen zum Gegenstand der Beratung zu hören.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Persönliche Erklärungen</p> <p>Einem Ratsmitglied, das sich zu einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung vor der Abstimmung zu erteilen. Das Ratsmitglied darf in der persönlichen Erklärung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen das Ratsmitglied gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf hierzu nicht länger als drei Minuten sprechen.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 14 Ordnungsverstöße</p> <p>(1) Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind von der/dem Ratsvorsitzenden sofort zu rügen.</p> <p>(2) Verstößt ein Ratsmitglied gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, so kann die/der Ratsvorsitzende das Ratsmitglied unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls es vom Beratungsgegenstand abschweift, „zur Sache“ rufen. Folgt das Ratsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die/der Ratsvorsitzende ihm nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Ratsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen. § 11 Abs. 4 dieser Geschäftsordnung bleibt unberührt.</p> <p>(3) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der/dem Ratsvorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie/er die Sitzung unterbrechen oder die Sitzung nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen vorzeitig schließen.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Abstimmung</p> <p>(1) Der Beratung folgt in der Regel die Abstimmung. Anträge sollen vor der Abstimmung im Wortlaut verlesen werden. Die/der Ratsvorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung. Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang.</p> <p>(2) Abgestimmt wird grundsätzlich durch Erheben der Hand, in Zweifelsfällen durch Aufstehen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Abstimmung</p> <p>(1) Der Beratung folgt in der Regel die Abstimmung. Anträge sollen vor der Abstimmung im Wortlaut verlesen werden. Die/der Ratsvorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung. Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang.</p> <p>(2) Abgestimmt wird grundsätzlich durch Erheben der Hand unter Nutzung einer farbigen Abstimmungskarte, in Zweifelsfällen</p>

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>(3) Der/die Ratsvorsitzende stellt die Fragen so, dass die Ratsmitglieder mit Ja oder Nein abstimmen können. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit.</p> <p>(4) Grundsätzlich wird offen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Dies gilt nicht für die Abstimmung über die Geschäftsordnungsanträge.</p> <p>(5) Über einen Antrag auf geheime Abstimmung wird mit Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder beschlossen. Die geheime Abstimmung hat Vorrang vor der namentlichen Abstimmung. Das Ergebnis einer geheimen Abstimmung wird durch zwei von der/dem Ratsvorsitzenden zu bestimmende Ratsmitglieder festgestellt und der/dem Ratsvorsitzenden mitgeteilt. Der/die Ratsvorsitzende gibt das Ergebnis bekannt.</p>	<p>durch Aufstehen.</p> <p>(3) Der/die Ratsvorsitzende stellt die Fragen so, dass die Ratsmitglieder mit Ja oder Nein abstimmen können. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit.</p> <p>(4) Grundsätzlich wird offen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist namentlich abzustimmen. Dies gilt nicht für die Abstimmung über die Geschäftsordnungsanträge.</p> <p>(5) Über einen Antrag auf geheime Abstimmung wird mit Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder beschlossen. Die geheime Abstimmung hat Vorrang vor der namentlichen Abstimmung. Das Ergebnis einer geheimen Abstimmung wird durch zwei von der/dem Ratsvorsitzenden zu bestimmende Ratsmitglieder festgestellt und der/dem Ratsvorsitzenden mitgeteilt. Der/die Ratsvorsitzende gibt das Ergebnis bekannt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 16 Wahlen</p> <p>Für die Stimmauszählung von Wahlen gilt § 15 Abs. 5 Sätze 3 und 4 der Geschäftsordnung entsprechend.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 17 Anfragen</p> <p>Jedes Ratsmitglied kann Anfragen zu Angelegenheiten der Samtgemeinde stellen. Wenn diese nach § 4 i) der Geschäftsordnung in der Ratssitzung beantwortet werden sollen, müssen sie fünf Tage vor der Ratssitzung bei der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister eingereicht sein. Eine Aussprache über die Beantwortung der Fragen findet nicht statt. Die Samtgemeindebürgermeisterin/der Samtgemeindebürgermeister kann Zusatzfragen zur Sache zulassen. Die Anfragen und Antworten werden im Protokoll aufgenommen.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 18 Einwohnerfragestunde</p> <p>(1) Nach Feststellung der Tagesordnung einer öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt. Die Fragestunde wird von der/dem Ratsvorsitzenden geleitet. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.</p> <p>(2) Jede Einwohnerin/jeder Einwohner der Samtgemeinde kann Fragen zu Beratungsgegenständen der Ratssitzung und zu anderen Angelegenheiten der Samtgemeinde stellen. Die Fragestellerin/der Fragesteller kann bis zu zwei Zusatzfragen anschließen,</p>	

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>die sich auf den Gegenstand ihrer/seiner ersten Frage beziehen müssen.</p> <p>(3) Die Fragen werden von der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister beantwortet. Anfragen an einzelne Ratsmitglieder, Fraktionen oder Gruppen werden von diesen selber beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.</p> <p>(4) Die Fragen und Antworten sind stichwortartig zu protokollieren. Auf Wunsch der Fragestellerin/des Fragestellers wird dieser/diesem Frage und Antwort schriftlich mitgeteilt. Fragen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Samtgemeinde Elbtalaue</p>	<p>unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 19 Protokoll</p> <p>(1) Die Protokolle werden von einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter der Samtgemeinde Elbtalaue geführt. Zur Anfertigung des Protokolls kann die Beratung auf Tonband aufgenommen werden. Das Tonband ist nach Genehmigung des Protokolls zu löschen.</p> <p>(2) Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen. Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen angenommen worden sind. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe.</p> <p>(3) Eine Ausfertigung des Protokolls ist allen Ratsmitgliedern alsbald, spätestens 21 Tage nach jeder Ratssitzung zu übersenden. Einwendungen gegen das Protokoll dürfen sich nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und des Inhalts der Beschlüsse richten. Werden gegen die Fassung des Protokolls Einwendungen erhoben, die sich nicht durch Erklärungen der Protokollführerin/des Protokollführers, der Samtgemeindebürgermeisterin/des Samtgemeindebürgermeisters beheben lassen, so entscheidet der Rat.</p> <p>(4) Das Protokoll einer Ratssitzung ist von der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister und der Protokollführerin/dem Protokollführer, das Protokoll einer Ausschusssitzung von der/dem Ausschussvorsitzenden und der Protokollführe-</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Protokoll</p> <p>(1) Die Protokolle werden von einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter der Samtgemeinde Elbtalaue geführt. Zur Anfertigung des Protokolls kann die Beratung auf Tonband aufgenommen werden. Das Tonband ist nach Genehmigung des Protokolls zu löschen.</p> <p>(2) Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen. Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen angenommen worden sind. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe.</p> <p>(3) Eine Ausfertigung des Protokolls ist allen Ratsmitgliedern alsbald, spätestens 21 Tage nach jeder Ratssitzung zu übersenden. Einwendungen gegen das Protokoll dürfen sich nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und des Inhalts der Beschlüsse richten. Werden gegen die Fassung des Protokolls Einwendungen erhoben, die sich nicht durch Erklärungen der Protokollführerin/des Protokollführers, der Samtgemeindebürgermeisterin/des Samtgemeindebürgermeisters beheben lassen, so entscheidet der Rat. Gleiches gilt, wenn sich die Unterzeichner des Protokolls nicht über die Richtigkeit des Inhalts einigen können.</p> <p>(4) Das Protokoll einer Ratssitzung ist von der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister und der Protokoll-</p>

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>rin/dem Protokollführer zu unterschreiben.</p> <p>(5) Die Protokolle sind, soweit sie nicht öffentlich beratene Gegenstände zum Inhalt haben, vertraulich zu behandeln und zu verwahren.</p> <p>(6) Der Rat beschließt über die Genehmigung des Protokolls. Über die Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung des Rates vor Ablauf der Wahlperiode beschließt der Samtgemeindeausschuss.</p>	<p>führerin/dem Protokollführer, das Protokoll einer Ausschusssitzung von der/dem Ausschussvorsitzenden und der Protokollführerin/dem Protokollführer zu unterschreiben.</p> <p>(5) Die Protokolle sind, soweit sie nicht öffentlich beratene Gegenstände zum Inhalt haben, vertraulich zu behandeln und zu verwahren.</p> <p>(6) Der Rat beschließt über die Genehmigung des Protokolls. Über die Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung des Rates vor Ablauf der Wahlperiode beschließt der Samtgemeindeausschuss.</p>
<p style="text-align: center;">§ 20 Fraktionen und Gruppen</p> <p>(1) Fraktionen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund desselben Wahlvorschlages gewählt wurden.</p> <p>(2) Gruppen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund verschiedener Wahlvorschläge ihren Ratssitz erlangt haben. Zu den Gruppen rechnen auch Zusammenschlüsse von Fraktionen mit fraktionslosen Ratsmitgliedern sowie mit anderen Fraktionen oder Gruppen sowie von Gruppen.</p> <p>(3) Ratsfrauen und Ratsherren dürfen nur einer Fraktion angehören. Entsprechendes gilt für die Zugehörigkeit zu den Gruppen.</p> <p>(4) Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen oder Gruppen deren kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.</p> <p>(5) Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und mindestens eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist zur ersten Sitzung des Rates nach seiner Wahl der Samtgemeindebürgermeisterin oder dem Samtgemeindebürgermeister schriftlich unter Angabe des Namens der Fraktion oder Gruppe, ihrer Mitglieder und ihrer/ihrer Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden anzuzeigen. Nach der ersten Ratssitzung sind die Änderung, die Auflösung sowie die Bildung von Fraktionen und Gruppen in gleicher Weise anzuzeigen.</p> <p>(6) Bildung von Fraktionen und Gruppen sowie Änderungen werden mit dem Eingang der Anzeige nach Absatz 5 wirksam.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>(7) Den Fraktionen oder Gruppen werden im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel Zuwendungen zu den Sach- und Personalkosten für die Geschäftsführung einschließlich ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Angelegenheiten der Samtgemeinde gewährt. Über die Verwendung der Zuwendungen im jeweiligen Haushaltsjahr ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der jeweils bis zum 15.01. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister vorzulegen ist. Die Höhe des Geschäftskostenzuschusses wird in der Aufwandsentschädigungssatzung festgelegt.</p>	
<p style="text-align: center;">II. Samtgemeindeausschuss</p> <p style="text-align: center;">§ 21</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsgang und Verfahren des Samtgemeindeausschusses</p> <p>Für den Geschäftsgang und das Verfahren des Samtgemeindeausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes dieser Geschäftsordnung mit Ausnahme der §§ 12 und 18 entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.</p>	<p style="text-align: center;">II. Samtgemeindeausschuss</p> <p style="text-align: center;">§ 21</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsgang und Verfahren des Samtgemeindeausschusses</p> <p>Für den Geschäftsgang und das Verfahren des Samtgemeindeausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes dieser Geschäftsordnung mit Ausnahme der §§ 12 und 18 entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen. § 15 gilt mit der Maßgabe, dass Abstimmungen allein durch Heben der Hand erfolgen. Eine farbige Abstimmungskarte ist nicht zu verwenden.</p>
<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p style="text-align: center;">Einberufung des Samtgemeindeausschusses</p> <p>(1) Der Samtgemeindeausschuss wird von der Samtgemeindebürgermeisterin/dem Samtgemeindebürgermeister nach Bedarf unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.</p> <p>(2) Die regelmäßige Ladungsfrist beträgt eine Woche. In Eilfällen kann diese Frist bis auf 24 Stunden verkürzt werden. Die Ladung muss ausdrücklich auf eine derartige Abkürzung hinweisen. Einladung und Tagesordnung sind allen übrigen Ratsmitgliedern in Abschrift nachrichtlich zuzuleiten.</p> <p>(3) In dringlichen Fällen kann der Samtgemeindeausschuss in einer Sitzungspause der Ratsitzung einberufen werden.</p>	<p style="text-align: center;">unverändert</p>
<p style="text-align: center;">§ 23</p> <p style="text-align: center;">Protokoll des Samtgemeindeausschusses</p>	

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

<p>Eine Ausfertigung des Protokolls über die Sitzung des Samtgemeindeausschusses wird allen Ratsmitgliedern alsbald nach jeder Sitzung zugeleitet. Die Protokolle sind vertraulich zu behandeln und zu verwahren.</p>	<p>unverändert</p>
<p style="text-align: center;">III. Ausschüsse</p> <p style="text-align: center;">§ 24 Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse</p> <p>(1) Für den Geschäftsgang und das Verfahren der Ratsausschüsse sowie der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des I. Abschnittes entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Die §§ 12 und 18 dieser Geschäftsordnung finden keine Anwendung.</p>	<p style="text-align: center;">III. Ausschüsse</p> <p style="text-align: center;">§ 24 Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse</p> <p>(1) Für den Geschäftsgang und das Verfahren der Ratsausschüsse sowie der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des I. Abschnittes entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Die §§ 12 und 18 dieser Geschäftsordnung finden keine Anwendung. § 15 gilt mit der Maßgabe, dass Abstimmungen allein durch Heben der Hand erfolgen. Eine farbige Abstimmungskarte ist nicht zu verwenden.</p>
<p style="text-align: center;">V. Schlussbestimmungen</p> <p style="text-align: center;">§ 25 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung in Kraft.</p> <p>Dannenberg (Elbe), den 14.02.2012</p> <p style="text-align: center;">(S I E G E L)</p> <p style="text-align: center;">Samtgemeinde Elbtalaue</p>	<p style="text-align: center;">V. Schlussbestimmungen</p> <p style="text-align: center;">§ 25 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung in Kraft.</p> <p>Dannenberg (Elbe), den 12.06.2017</p> <p style="text-align: center;">(S I E G E L)</p> <p style="text-align: center;">Samtgemeinde Elbtalaue</p>

Zu § 2 der Geschäftsordnung

§ 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung sah in der alten Fassung vor, dass Aufzeichnungen auf Tonträgern durch Dritte nicht zulässig sind. Sie konnten jedoch auf Beschluss des Rates zugelassen werden. Diese Möglichkeit müsste nunmehr gem. § 64 Abs. 2 NKomVG in der Hauptsatzung geregelt werden.

Zu § 3 der Geschäftsordnung

Der Rat beschließt gemäß § 61 Abs. 1 Satz 3 Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) über die Stellvertretung der/des Ratsvorsitzenden.

Hinsichtlich des Verfahrens zur Bestimmung der Stellvertreterin/des Stellvertreters, der Anzahl der Stellvertreter und einer Reihenfolge liegen keine gesetzlichen Regelungen vor. Aus diesem Grund kann der Rat entscheiden, wie viele Vertreterinnen/Vertreter es geben soll und wie diese bestimmt werden (Abstimmung oder Wahl). Da der Beschluss über die Stellvertretung des Ratsvorsitzenden

Anlage 1 zu Vorlage 01/0247/2017

gewöhnlich in der konstituierenden Sitzung durch den jeweils neu gewählten Rat erfolgt, sollte auf eine Festlegung in der Geschäftsordnung verzichtet werden. Es gibt zudem kein rechtliches Erfordernis, die Stellvertretung des Ratsvorsitzenden in der Geschäftsordnung zu regeln.

Ferner war in der alten Fassung der Geschäftsordnung geregelt, dass bei Verhinderung der / des Ratsvorsitzenden und aller VertreterInnen unter dem Vorsitz des ältesten anwesenden hierzu bereiten Ratsmitgliedes für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus seiner Mitte **gewählt** werden muss. Dieses Verfahren ist mitunter sehr zeitaufwändig. Es sollte daher bestimmt werden, dass in diesem Fall das älteste anwesende und dazu bereite Ratsmitglied den Vorsitz übernimmt.

Zu § 15 der Geschäftsordnung

In der Vergangenheit war es für die Vorsitzende / den Vorsitzenden oft schwierig, das Abstimmungsverhalten korrekt festzustellen, weil das Meldeverhalten einiger Mandatsträgerinnen / Mandatsträger nicht eindeutig war. Es wird daher empfohlen, das Abstimmungsverhalten durch das Hochheben entsprechend farbiger Karten (Vorschlag Ampelprinzip) übersichtlicher zu gestalten.

Zu § 19 der Geschäftsordnung

In der vergangenen Wahlperiode ist es in einer Mitgliedsgemeinde zu der seltenen Situation gekommen, dass sich die Unterzeichner des Protokolls (in diesem Fall Protokollführung und Bürgermeister) nicht über den korrekten Inhalt einigen konnten. Zur rechtlichen Klarstellung sollte daher der Zusatz aufgenommen werden, dass wie bei Einwendungen zum Protokoll durch einzelne Mandatsträger der Rat über den Inhalt des Protokolls entscheidet.

Zu § 21 und 24 der Geschäftsordnung

Aufgrund der geringen Mitgliederzahl im Samtgemeindeausschuss sowie in den Fachausschüssen ist eine Verwendung von farbigen Abstimmungskarten aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig.